

BUCHBESPRECHUNGEN

DER PERMANENTE NOTSTAND

Memorandum im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V., zusammengestellt von Prof. Dr. H. K. J. Ridder und Dr. E. Stein, Bonn. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, Oktober 1963. 60 S., kartoniert 3,50 DM.

Die Schrift des bekannten Bonner Staats- und Verfassungsrechtlers Prof. *Ridder* beschäftigt sich mit den Notstandsgesetzen, deren Entwürfe die Bundesregierung neben dem sogenannten Notstandsverfassungsgesetz noch vorgelegt hat, darunter ein Zivildienstgesetz, ein Wirtschaftssicherungsgesetz und ein Selbstschutzgesetz. Sie bietet eine notwendige Ergänzung zu der (hier bereits besprochenen) Schrift von *Jürgen Seifert*¹⁾, die sich vor allem mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“ (Notstandsverfassungsgesetz) kritisch auseinandersetzt.

Während es jedoch zur Verabschiedung des Notstandsverfassungsgesetzes einer — verfassungsändernden — Zweidrittelmehrheit des Bundestages bedarf, können nach Ansicht der Bundesregierung die sieben anderen Notstandsentwürfe mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden, obgleich sie, wie Prof. *Ridder* betont, aktuellere Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik enthalten als das vieldiskutierte Notstandsverfassungsgesetz.

In einem von den Professoren *Heimpel*, *Kaiser*, *Snell* und *Walcher* unterzeichneten Vorwort wird als Maxime jeder demokratischen Verteidigungspolitik aufgestellt, daß alle Anstrengungen — zu denen auch Notstandsbestimmungen rechnen — nur den Sinn haben können, die Freiheit und Sicherheit unserer Gesellschaftsordnung zu schützen.

1) Jürgen Seifert, Gefahr im Verzug. Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1963. Siehe GM 5/1963, S. 311.

Durch ihre Entwürfe wolle sich die Bundesregierung jedoch ermächtigen lassen, schon in Friedenszeiten Maßnahmen zu treffen, die einen wesentlichen Teil der verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft setzen würden. Dadurch würden vor allem auch die Grenzen zwischen Friedensrecht und Kriegsrecht weitgehend verwischt. Die Verfasser ziehen aus diesem Sachverhalt den Schluß, das Friedensrecht dürfe nicht vom Kriegsrecht materiell unterwandert werden, die Sondervorschriften für den Kriegsfall seien von den im Frieden geltenden Vorschriften scharf zu trennen, und der Übergang vom Friedensrecht zum Ausnahmerecht des Kriegsfalls müsse an ein jeden Mißbrauch ausschließendes Verfahren gebunden werden.

Im einzelnen wird belegt, wie weitreichend und wie irreführend die Formulierungen der Entwürfe sind, wie sehr sie „in unentwirrbarer Folge Maßnahmen für den Krieg und für den Frieden (regeln), die Anwendung kriegsrechtlicher Sondervorschriften in vielen Fällen auf Friedenszeiten (ausdehnen) und damit die formelle Feststellung des Eintretens des Verteidigungsfalles — nach Art. 59a des Grundgesetzes — bedeutungslos (machen)“.

Nachdenklich muß es jeden Demokraten stimmen, daß die Bundesregierung trotz der bürokratischen Perfektion, mit der sie die „totale Verteidigungsbereitschaft“ schon im Frieden organisieren möchte, selber über den Wert dieser Totalplanung mitunter sehr skeptisch denkt. Das hält sie jedoch nicht davon ab, ihr fragwürdiges, für unsere Demokratie höchst gefährliches Experiment weiter zu verfolgen. Wie bedenkenlos sie vorgeht, zeigt u. a. ihre Mißachtung der von namhaften Wissenschaftlern und dem DGB vertretenen Meinung, daß die Einführung eines Zivildienstes gegen Art. 12 GG verstoßen würde und deshalb auf jeden Fall einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedarf. Ebenso wenig stört es sie, daß das demokratische Ausland auch keine Zivildienstpflicht in Friedenszeiten kennt, wie sie der Entwurf der Bundesregierung vorsieht.

Zusammenfassend weisen die Verfasser darauf hin, daß in den 14 Jahren seit Bestehen des GG alle gefährlichen Situationen (von der Berlin-Blockade bis zur Kuba-Krise) bewältigt werden konnten, ohne auch nur die im GG bereits vorhandenen Notstandsbestimmungen anzuwenden. Entscheidend für ihre Beurteilung — und Ablehnung — der Notstandsgesetzesentwürfe der Bundesregierung bleibt jedoch, daß diese Entwürfe Buchstaben und Geist des Grundgesetzes verletzen und die demokratische Struktur unserer Verfassung, wie unseres Staatswesens, ernstlich gefährden, wenn sie jemals Gesetz werden sollten;

Dr. Fritz Opel

F. S. GROSSHUT

STAATSNOT, RECHT UND GEWALT

Vorwort von Mas Hirschberg. Verlag Glock und Lutz, Nürnberg 1962. 334 S., Ln. 16,80 DM.

Bundesminister *Hermann Höcherl* sprach in der Notstandsdebatte am 24. Januar 1963 davon, daß ohne eine verfassungsrechtliche Notstandsregelung die „verantwortlichen Organe der Staatsführung“ im Ernstfall dem Konflikt ausgesetzt seien, sich notfalls „auf einen übergesetzlichen Notstand mit all seinen flexiblen Möglichkeiten“ zu berufen. Eine ähnliche Feststellung findet man auch in der Begründung der Regierungsvorlage. Dort heißt es: Ein Verzicht auf die Notstandsgesetzgebung lasse befürchten, „daß die Verantwortlichen in Notzeiten entweder die nötigen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr mangels entsprechender Vollmachten unterlassen oder sich diese Vollmachten aneignen“ (S. 5).

Das geschah, obwohl der heutige Berliner Senator *Adolf Arndt* in dem Buch „Notstandsgesetzgebung — aber wie?“ unmißverständlich dargelegt hatte: „Es gibt kein Recht außerhalb der Verfassung. Insbesondere: es gibt keine ‚Staatsraison‘ unabhängig von der Verfassung. Einzig und allein die Verfassung ist ‚Raison‘ dieses Staates.... Alles Spekulieren mit einem ‚überverfassungsgesetzlichen Notstand‘ als einer Erlaubnis zu Maßnahmen, die nicht von der urkundlichen Verfassung gerechtfertigt werden, sind nichts als eine verwerfliche Beschönigung des Verfassungsbruchs, des Verfassungsverrats“ (S. 13).

Diese Kontroverse macht Grosshuts neues Buch zu einer der wichtigsten Publikationen in der Auseinandersetzung über das verfassungsändernde Notstandsgesetz. Grosshut macht damit zugleich aufmerksam auf seine 1932 in Frankfurt a. M. beendete Promotionsarbeit „Das polizeiliche Notstandsrecht der deutschen Länder“. (Ein Auszug dieser von *Friedrich Giese* und *Hermann Heller* betreuten Arbeit ist unter dem Titel „Staatsnot und Staatsnotrecht“ in: „Württembergische Zeitschrift für Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege“, Jg. XXV, H. 12, Dezember 1932, S. 177—186 u. Jg. XXVI, H. 1, Januar 1933, S. 1—10 erschienen.) Sally Grosshut emigrierte im August 1933. Er lebt heute als Schriftsteller in den Vereinigten Staaten.

Das vorliegende Buch ist eine Geschichte der Argumentation mit den Begriffen „Staatsnot“ und „Staatsnotwehr“. Von der Behauptung eines „Notrechtes der Staatsregierung gegenüber dem Parlament“ in der Budgetauseinandersetzung 1862 in Preußen über die Argumentation *Bismarcks* mit dem „Notwehrrecht des Staates und der Gesellschaft gegen den in sozialdemokratischen Elementen“ erkannten Feind, über die *Zabern-Affäre*, *Bethmann-Hollwegs* Rechtfertigung der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität durch das

Wort „Notwehr und Not kennt kein Gebot“ wird die Linie gezogen zu den Versuchen, den *Kapp*-Putsch und die Feme-Morde als „Staatsnotwehr“ zu rechtfertigen. Grosshuth gelingt es, diese Beispiele lebendig werden zu lassen. Er zeigt zugleich, daß es bei diesen Rechtfertigungsversuchen um Politik, nicht aber um Recht ging. An manchen Fällen ertrinkt der Leser allerdings in der Fülle des ausgebreiteten Materials. Doch wer es auf sich nimmt, die einzelnen Fälle und die Zitate zu durchdenken, dem wird deutlich, daß es von dieser Rechtskonstruktion bis zur „Machtergreifung“ 1933 nur ein kurzer Schritt war.

Das Buch zeigt, daß auch die Verabschiedung einer zusätzlichen Notstandsregelung es nicht ausschließt, daß sich die Feinde der Demokratie auf ein sogenanntes Übergesetzliches Notstandsrecht berufen. Schon in den zwanziger Jahren hat der Staatsrechtler *Carl Schmitt* die Anwendung eines solchen Staatsnotrechtes sogar „neben der Befugnis aus Artikel 48“ der Weimarer Verfassung für möglich erklärt.

Besonders wichtig ist auch heute noch für die Aufschlüsselung der unterschiedlichen Argumentationsweisen ihre Rückführung auf psychologische Kategorien. Grosshuth erkennt, daß das „*Bild der Not* in der ‚Notwehr‘ die höchste Schlagkraft“ erreicht. „Ein *Mensch* wird angegriffen, überfallen, wehrt sich als *Verteidiger* gegen einen *Angreifer*. Sind nicht alle Sympathien auf Seiten des Überfallenen?“ Es geht Grosshuth darum, diesen Sympathisierenden zu zeigen, „daß *sie selbst* ‚überfallen‘ sind“ (S. 165). Er zeigt, daß das Staatsnotwehrrecht und die „völkische Organlehre“, die den Staat als einen „lebendigen Organismus“ dem Menschen gleichzustellen versucht, zusammengehören. Er setzt das „Erkenntnis-Bild gegen das Gewalt-Bild“. Er zeigt, daß kritisches Bewußtsein und die Erkenntnis der demokratischen Rechte keine „Krankheit“ ist, die „zersetzt“, wie man auch heute noch gerne behauptet, sondern „vielmehr ‚heilt‘ von Dummheit und Vorurteil“ (S. 184).

Jürgen Seifert

KURT TUCHOLSKY

AUSGEWÄHLTE BRIEFE 1913—1935

Rowohlt-Verlag 1962. 568 S., Ln. 35 DM.

Eine der merkwürdigsten und erfreulichsten Erscheinungen unserer Nachkriegszeit ist der Erfolg und die nicht nachlassende Wirkung Tucholskys, vor allem auf die junge Generation. Nachdem schon einige Auswahlbände aus seiner Prosa und seinen Gedichten erschienen waren, hat der Verlag eine Ausgabe der „Gesammelten Werke“ riskiert, und nun ist — als Abschluß — ein Band Briefe erschienen. Diese Briefe, geschrieben in sehr verschiedenartigen Situationen und gerichtet an sehr verschieden-

artige Adressaten, sind eine ungemein wertvolle Quelle, weniger für die Fakten und Daten aus der Zeit zwischen den Kriegen, als für ihre Atmosphäre und ihre Tendenzen. Man muß allerdings schon einen Hauch vom Geiste Tucholskys aus seinem sonstigen Werk verspürt haben, um den richtigen Nutzen aus den Briefen zu gewinnen. Dann ist er allerdings nicht gering, literarisch und politisch.

Was das Politische betrifft, so exemplifizieren ers deutlich die radikale Direktheit, Einfachheit und Natürlichkeit der Aussage und der Spürsinn für die Qualität hervor. Schon das Verdienst, die zeitgenössische politische und schöngeistige Literatur auf Hohlräume untersucht und die Zeitphrase entlarvt zu haben, wäre genug. Sein eigener Stil ist, besonders in den Briefen, scheinbar salopp, aber nur scheinbar. Diese Saloppheit ist ein Kunstmittel, mit dem er sich gegen die Aufgeblasenheit, Gestelztheit und Bildungsprotzerei, die damals wie heute im Schwange waren, satirisch zur Wehr setzt. Er verwendet zum gleichen Zweck viel Jargon und Berliner und andere Witze, gute und schlechte. Das Ergebnis ist, was so wenige zustande bringen, ein Stil von äußerster Klarheit, Einfachheit und Präzision einerseits und von unverwechselbarer Eigenart andererseits. Die Briefe lassen an vielen Stellen die Arbeit und den Schweiß erkennen, die vor diese Meisterschaft gesetzt waren. Sein literarischer Geschmack war übrigens höchst solide und gar nicht avantgardistisch: *Fontane*, *Storni*, *Hamsun*, der schwäbische Bauerndichter *Christian Wagner* sind seine Leute.

Was das Politische betrifft, so exemplifizieren auch die Briefe lebhaft und deutlich das, was der radikale und ideale Linke ist. Tucholsky ist der in der Wolle gefärbte Linke; man kann an ihm geradezu messen, lernen und definieren, was links und was rechts ist: man kann sich darauf verlassen, daß dort, wo er steht, links ist. Auch da, wo er sich gegen die Kommunisten und gegen die Sowjet-Union wendet, was er an verschiedenen Stellen mit äußerster Schärfe tut. Wo er Elend und Ungleichheit sieht, entrüstet er sich. Gerechtigkeit geht ihm vor Ordnung, Humanität vor Nationalität.

Die Briefe beginnen in der Zeit, in der er Soldat des ersten Weltkriegs war. Es folgen die Berliner, die Pariser, die schwedischen Jahre. Wie gebannt schaut er auf Deutschland, auch nach 1933 und entgegen der wiederholten Versicherung, daß er mit den Deutschen fertig sei. Die Einfachheit und Derbheit seiner Äußerungen können uns Heutigen wahrhaftig unter die Haut gehen. Es ist hier nicht möglich, Briefe nach Perioden und Gruppen zu beschreiben, was man tun müßte, um eine Ahnung von ihrer Bedeutung zu haben. Ein paar wenige Anführungen seien gestattet. Aus einem Feldpostbrief von 1918 an *H. E. Blaich* (den Dr. Owlgläß vom Simplizissimus,

mit dem ihn eine lange Freundschaft verband): „Es ist eine schöne Zeit, nur etwas zu groß.“ Aus einem Brief an *Herbert Ihering*, den Berliner Theaterkritiker: „Lieber Herr Ihering, waren Sie in den letzten Monaten einmal auf einem deutschen Gericht oder in einer deutschen Strafanstalt? Das sollten Sie nicht versäumen. Ich habe mir im letzten Jahr vieles in Deutschland angesehen, worüber ich nirgends referiert habe; und was mich erschreckt hat, das ist die Fortdauer einer wilhelminischen Gesinnung, die zwar die Zierrate des Gardelhelms abgelegt hat, aber in karger neuer Sachlichkeit brutal und kalt Schweinereien verüben läßt, schlimmer als unter dem Seligen, wo durch eine gewisse Bordeaux- oder Biergemütlichkeit manches gemildert wurde. Natürlich wird in der Provinz und in Berlin ehrlich von links her dagegen angekämpft. Mit welchem Erfolg?“ *Dr. Richard Schmid*

RICARDO FERNANDEZ
DE LA REGUERA

WEHRLOS UNTER WAFFEN

Roman. Insel Verlag, Frankfurt 1962. 276 S., Ln. 19,80 DM.

BERND NELLESSEN

DIE VERBOTENE REVOLUTION

Aufstieg und Niedergang der Falange. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Band 1. Leibnitz Verlag, Hamburg 1963. 216 S., Ln. 14,80 DM.

Es gibt aus vielen Kriegen, aus vielen Ländern, aus verschiedenen Zeiten Schilderungen des Lebens der Soldaten im Kriege. Das Buch von *de la Reguera* schildert den Krieg auf der Seite der spanischen Faschisten, den Alltag der von den Generälen eingezogenen Soldaten. Es ist ein sauberes, anständiges, sehr menschliches Buch. Da gibts keine Phrasen, wenig Helden, viel Angst, keinen Haß. Man lebt und kämpft und stirbt. Man kämpft und stirbt weder aus Überzeugung noch aus Begeisterung, sondern weil man kämpfen und sterben muß. Und da ist die unüberbrückbar weite Entfernung von Front und Heimat: zwei Welten, die sich kaum verstehen, kaum verständigen können. Der Irrsinn des Krieges wird an einfachen Soldaten demonstriert, die alles andere lieber täten, als Krieg führen; und die es ohne Pose tun, weil sie es tun müssen.

Natürlich gibt es dort nicht den Freiwilligen aus Überzeugung, der den Krieg auf sich nimmt, weil er ihn für eine gerechte Sache glaubt führen zu müssen. Auch insofern ist das Buch sehr typisch für den Krieg der Generäle gegen das eigene Volk.

Das Buch von *Neilessen* über die Falange ist gut gegliedert und sorgfältig belegt. Es schildert die Entstehung, das Programm und die

Ziele der Falange. Die Geschichte der Falange ist so kurz, die Dokumente so spärlich und widersprüchlich, daß der Autor es schwer hat. Er hilft sich durch eine gründliche Darstellung der geschichtlichen Voraussetzungen. Dabei beweist er aber einen bedauerlichen Mangel an Einsicht in wichtige Strömungen auf der Linken.

Zuwenig begreift er von der Art und Kampfweise der Gewerkschaften in einem rückständigen romanischen Lande. Zuwenig erfaßt er den fortschrittlichen Charakter des Föderalismus auf der iberischen Halbinsel. Hier läßt er sich zu stark von den reaktionären, zentralistischen Wortführern der spanischen Rechten beeinflussen. Die Autonomiebestrebungen der Basken und Katalanen und anderer iberischer Stämme kann man nicht mit „Separatismus“ abtun. Schließlich bezeichnet Nellessen die POUM, eine kleine marxistische Partei, nach dem Sprachgebrauch der Komintern der damaligen Zeit als Trotzlisten. Ein Historiker sollte sich jedoch nur an die Fakten halten und sich nicht von der Terminologie von Gegnern verwirren lassen. Die POUM stand in Wirklichkeit in offenem Gegensatz zu den Trotzlisten und dem damals noch lebenden *Leo Trotzki*. Sie hatte ihre eigenen Ziele und ihr eigenes Programm.

Trotz dieser Einwände ist das Buch nützlich und interessant. Von besonderem Interesse für uns ist der Nachweis der starken deutschen und italienischen Einflüsse auf die Falange. Wie *Franco* mangels eigener Ideologie und Programm schließlich die Falange übernimmt und seinen Zwecken nutzbar macht, ist abenteuerlich. Natürlich blieb von allen reformerischen Bestrebungen auf sozialem und landwirtschaftlichem Gebiet nichts übrig. Militär, Kirche und Großgrundbesitz waren die Träger der Herrschaft *Francos*, alles andere war nur Beiwerk, wie der Niedergang der Falange beweist. *Peter Blachstein*

BERTRAND RUSSELL

WARUM ICH KEIN CHRIST BIN

Szczesny-Verlag, München 1963. 272 S., Ln. 16,80 DM.

Der Szczesny-Verlag, der sich die Aufgabe gestellt hat, den kirchlich und konfessionell nicht gebundenen Humanismus zu Wort kommen zu lassen, hat programmatisch als erstes Buch Aufsätze des englischen Mathematikers und Philosophen Bertrand Russell veröffentlicht.

Wer ist Bertrand Russell? Wir kennen ihn als einen Mann, der sogar von Chruschtschow eine Antwort erhält, wenn er ihn auf Ungerechtigkeiten in der UdSSR protestierend hinweist; wir kennen ihn als Demonstranten, der, nun schon über neunzigjährig, für

seine pazifistische Gesinnung ins Gefängnis ging und der jetzt eine Friedensstiftung ins Leben gerufen hat, dazu bestimmt, Möglichkeiten einer freiheitlichen Friedensordnung zu prüfen und zu ermuntern. 1950 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Als ein Literat von hohen Graden tritt uns Russell in den vorliegenden Aufsätzen entgegen, die in einem Zeitraum von fast sieben Jahrzehnten geschrieben wurden (der früheste datiert aus dem Jahre 1899). Russell beschäftigt sich in ihnen mit Glaubens- und Religionsfragen, die er im Lichte eines areligiösen Humanismus und Rationalismus zu beantworten versucht, aber auch mit Fragen der Sexualität und Sexualethik, die er ohne Rücksicht auf Vorurteile und gesellschaftliche Tabus, dafür mit großem Verständnis und tiefer Einsicht in ihre Bedeutung für das Glück der Menschen anpackt.

So lesenswert diese Aufsatzsammlung ist, es fehlt leider eine kurze Darstellung des Lebens ihres Verfassers. Zwar erfahren wir in einer ausgezeichneten Studie von *Paul Edwards*, wie *Bertrand Russell* daran gehindert wurde, 1940 am City College von New York zu lehren, doch das sind nur zwei Jahre aus seinem über neunzigjährigen Leben. Diese Studie sagt zudem kaum etwas über Russell aus; Russell ist uns dadurch kaum nähergerückt.

Leider ist in Deutschland die englische Spielart der Aufklärung, die, beginnend mit *Locke*, in neuerer Zeit Männer wie *J. St. Mill*, *G. B. Shaw* und auch *Bertrand Russell* hervorgebracht hat, wenig bekannt. Auch dafür hätte eine kurze Einführung notgetan. Dies um so mehr, als die Aufsätze Russells nicht nur brillant und witzig, sondern auch leicht verständlich geschrieben und so einer breiten Leserschaft zugänglich sind, der jedoch biographische und ideengeschichtliche Kenntnisse fehlen.

Annemarie Zimmermann

DIE ARBEIT

Der Aufstieg der Menschheit — ein Ergebnis der Arbeit. Verlag Förlinger, Wien—München—Zürich 1963, Auslieferung: Herold Verlags GmbH, München 22. Lexikonformat. 500 S., mit 100 Illustrationen und Tabellen im Text und 56 Kunstdrucktafeln. Ln. 46 DM.

Das vorliegende Sammelwerk, zumeist von österreichischen Gelehrten verfaßt, ist eine willkommene Bereicherung der Fachliteratur. Zwar ist es wohl nicht ganz wörtlich gemeint, wenn es im Vorwort heißt: „Um so erstaunlicher ist es, daß ein bestimmtes, naheliegendes Thema in den Sachbüchern bisher vernachlässigt worden ist: das Thema der menschlichen Arbeit.“ Wie dem auch sei, es ist jedenfalls ein großes Verdienst des Herausgebers, dieses Werk herauszubringen, das die Arbeit als

wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und gesellschaftlichen Faktor behandelt.

Bei der Schilderung der aktuellen Probleme sind hauptsächlich die Verhältnisse in Österreich betrachtet worden. Diese Feststellung soll keine Herabminderung des Wertes des vorliegenden Buches bedeuten. Im Gegenteil, gerade für die Menschen und besonders für die Gewerkschafter in der Bundesrepublik ist es besonders wertvoll, das Wesentliche über die wirtschafts- und sozialpolitischen Zustände in unserem Nachbarland zu erfahren, da — leider — bei uns im allgemeinen solche Kenntnisse ziemlich selten sind.

Eine kritische Würdigung sämtlicher in dem Werke vereinten Abhandlungen — mehr als fünfzig — würde den Rahmen der hier möglichen Rezension sprengen. Deshalb seien nur einige wenige, besonders interessierende Fragen herausgegriffen, ohne damit den Wert der anderen Abhandlungen herabmindern zu wollen.

Die wissenschaftliche Bearbeitung und redaktionelle Leitung lag in Händen von Professor Dr. *Robert Endres* — von dem übrigens vierzehn der insgesamt rund fünfzig Abhandlungen stammen — und Dr. *Stephanie Endres*. Den Leser der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ wird es besonders interessieren, daß die Abhandlung über die „Gewerkschaften als Triebkräfte des sozialen Aufstiegs“ aus der Feder von *Artur Saternus*, dem ehemaligen Chefredakteur der „Welt der Arbeit“, stammt.

Es ist selbstverständlich außerordentlich schwer, Zustände und Entwicklungen, deren genaue Schilderung Bände füllen würde, in zusammengedrängter Kürze und dennoch in ihrer Quintessenz darzustellen. Es muß vieles weniger Wichtige unerwähnt bleiben. So wird der Sachkundige beim Lesen von Sammelwerken immer wieder manches vermissen, das nach seiner Ansicht hätte gebracht werden müssen. Diesen Nachteil muß man durchweg in Kauf nehmen. Dennoch aber muß gerade Wert darauf gelegt werden, das Wesentliche herauszuarbeiten. Dies ist dem jeweiligen Verfasser stellenweise nicht so recht gelungen. So z. B. hätte bei der Schilderung der Zünfte nicht übersehen werden dürfen, daß die große Macht der Zünfte nur in Mitteleuropa bestand (vergl. S. 87), und zwar auch hier nur in den Freien Reichsstädten, während in den Städten, die einem Territorialherren unterstanden, die Reglementierung des Handwerks eben durch diesen Territorialherrn selber oder in seinem Auftrage durch die örtliche Behörde — Magistrat oder Vogt — erfolgte. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als in solchen Gebieten Verlag und Manufaktur, zumeist vom Fürsten gefördert, das Handwerk schneller und gründlicher als in den Reichsstädten zurückdrängen konnten. An dieser Stelle wäre es auch am Platze gewesen, den Staat

bzw. Landesherrn als Auftraggeber und Unternehmer zu erwähnen.

Es kann hier nicht auf manche umstrittene wirtschaftsgeschichtliche Auffassung, z. B. hinsichtlich der Entstehung des Handwerks in Europa, der Ursachen für das Aufkommen der Gutsherrschaft im deutschen Osten usw., eingegangen werden. Nur soviel sei gesagt, daß dem Rezensenten hier die Mitwirkung des „politischen Mittels“, also Aneignung durch Eroberung, Landnahme bei gleichzeitiger Hörigkeit der besiegten Ureinwohner und dergleichen, in der Darstellung zu kurz kommt. Jedenfalls waren es nicht nur wirtschaftliche Gründe, die diese Ausgangsformen der mittelalterlichen Agrarverfassung schufen, wie denn auch, wie oben angedeutet, fürstlicher Bedarf — Luxus, Söldnerheer und Flotte — als Ergebnis der politischen Entwicklung die Gestaltung der neuen Wirtschafts- und Sozialformen, vor allem auch der Arbeitsverfassung des 19. Jahrhunderts, maßgeblich beeinflussten.

Diese Tatsache ergibt sich auch eindeutig aus dem Kapitel „Wirtschaftsstufen und Stände“, wo Endres u. a. die Funktion des Staates in der Wirtschaft der Sowjetunion klar herausstellt. Wir stimmen zu, wenn er auf S. 120 schreibt: „Die russische Staatswirtschaft hat den Beweis erbracht, daß es neben dem Kapitalismus noch ein anderes Wirtschaftssystem gibt, das sich mit der modernen Technik verbinden läßt.“ Und weiter unten: „Die Aussagen der russischen Staatswirtschaft besitzen . . . keine allgemeine Gültigkeit. Sie beweisen daher nur eine Tatsache: eine Planwirtschaft ist der Profitwirtschaft weit überlegen. Eine Planwirtschaft muß aber nicht notwendig mit einer Diktatur verbunden sein. Das zeigt die dritte Form der modernen Wirtschaft: die *Gemeinwirtschaft*.“

In dem nachfolgenden Kapitel behandelt Dipl.-Ing. *Karl Pröbsting* diese Wirtschaftsform. Mit Recht definiert er auf S. 121: „Die Gemeinwirtschaft macht die Erfüllung der Bedürfnisse der Allgemeinheit zu ihrem Ziel. Die Gemeinwirtschaft . . . ist daher jene wirtschaftliche Betätigung, die ohne Gewinnabsichten, zum Teil als Monopolunternehmen, zum Teil im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft ein Gegengewicht gegen das Überwuchern des Gewinnstrebens schafft und im Sinne der Allgemeinheit zum Wohle der gesamten Wirtschaft und damit der gesamten Bevölkerung produziert. Sie stellt dem Bürger im Versorgungs- und Dienstleistungssektor lebenswichtige Güter und Dienste für Haushalt und Wirtschaft preiswert zur Verfügung und schützt in den Genossenschaften den wirtschaftlich Schwächeren vor der Übermacht der Starken.“ Für den Gewerkschafter sind die Ausführungen über Gemeinwirtschaft besonders aufschlußreich; aufschlußreich auch in dem Sinne, daß man das Ziel einer Gemeinwirtschaft

für lebenswichtige Wirtschaftszweige nicht aufgeben darf, wenn man wirklich für den arbeitenden Menschen soziale Sicherheit und wachsenden Wohlstand anstreben will.

Im logischen Verfolg der Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem wird dann von Dr. *Walter Wiltschegg* „Die Arbeit des Unternehmers“, von Dr. *Karl Wenger* „Die Arbeit des Managers“ analysiert und kritisiert. Mechanisierung, Rationalisierung, Automation sind weiterhin Gegenstand der Darstellung. „Industrie- und Betriebssoziologie“, „Die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Klassen“ und vieles mehr wird kritisch beleuchtet.

Man muß das gesamte Werk lesen, um es positiv zu würdigen. Alles in allem stellt es eine Leistung dar, die ihm einen Platz in jeder Volks- und Betriebsbücherei sichern sollte. Mit Recht schreibt *Willy Brandt* im Vorwort: „Dieses Buch möge uns daran mahnen, daß das Ringen des Menschen um die Freiheit erst dann beendet sein wird, wenn jedermann in aller Welt in eigener Initiative in freiem Willen seine Kräfte entfalten und sich seiner Selbstverwirklichung widmen kann.“

Dr. Franz Theuert

ANTHONY SAMPSON

WER REGIERT ENGLAND?

Anatomie einer Führungsschicht. R. Piper & Co Verlag, München 1963. 580 S., Ln. 26 DM.

Leider wurde aus Anthony Sampsons „Anatomie of Britain“ der völlig mißverständliche Titel „Wer regiert England?“, eine kommerziell motivierte Selbstherrlichkeit, die um so bedauerlicher ist, als sie nun auch von einem Verlag wie Piper bejaht wird. Dabei hat sich der Verfasser in erster Linie „ . . . zum Ziel gesetzt, ein informeller Führer in einem lebendigen Museum zu sein. . .“ (S. 15). Eine journalistisch-buchhalterische Aktualisierung der alten *Ranke-Neugier*, herauszufinden, wie es eigentlich ist, wobei allerdings anzumerken bleibt, daß die scheinbare Wertfreiheit seiner *Neugier* ganz eindeutig im Dienste einer Beweisabsicht steht. Ein Beweis, der sich der Tatsachenmethode bedient und an *Bagehot* anknüpft: „Die charakteristische Gefahr für große Nationen wie Römer oder Engländer, die eine lange Vergangenheit fortgesetzter Schöpfungen hinter sich haben, ist, daß es ihnen vielleicht nicht mehr gelingt, jene großartigen Institutionen zu verstehen, die sie einst schufen.“ In welchem Maß „ . . . die Institutionen und die Männer, die diese Institutionen leiten. . . den Kontakt mit der Öffentlichkeit verloren. . .“ (S. 564) haben, verdeutlicht sich indes daran, daß eben der Mann, der Verfasser also, der die Fragwürdigkeit erstarrter Institutionen herausarbeitet, nichts dabei findet, in der detaillierten und höchst liebevoll arrangierten Beschreibung der zeitlich begrenzten

personellen Besetzung den Eindruck zu erwecken, als seien sogar die jeweiligen Amtsinhaber für die Ewigkeit beamtet. Englisch, gewiß. Wie aber muß dann ein Konservativer urteilen, der sich rühmt, daß das Überhaus „... seit 1832 ... nie gegen einen konservativen Vorschlag gestimmt..“ (S. 42) hat? Freilich ergibt sich als Nebenprodukt auch eine recht plastische Verdeutlichung der virulenten Machtgruppen. Doch ein Verfasser, der die „... Atmosphäre geordneter Verstaubtheit“ (S. 235) analysiert, ist weniger vom Quiz-Fimmel „wer tut dies und das?“ oder „wer regiert wen?“ besessen, sondern viel mehr an der Paradoxie interessiert „Es mag Ihnen vielleicht merkwürdig vorkommen — aber es funktioniert“ (S. 167).

Insofern ist Sampson, der sich mit englischem Understatement nicht als „Historiker oder Verfassungsrechtler“, sondern lediglich als „neugieriger Journalist“ (S. 15) bewertet sehen möchte, unter einem ganz anderen Blickwinkel bemerkenswert. Diese schwerfällig traditions-müden englischen Institutionen, die von den ‚foreigners‘ als Inbegriff politischer Weisheit pedantisch bis in die abwegigen Verschnörkelungen kopiert wurden, sind selbst in ihrem Geburtsland verworren, widersprüchlich und alles andere als von praktischer Griffigkeit. Während man sich bei uns um die gewiß empfehlenswerte Verbesserung des parlamentarischen Stils bemüht, meldet der demokratische Pionier England den immer deutlicher werdenden Verfall der parlamentarischen Macht. Als Erklärung bemüht Sampson die bekannte Tatsache von der Herrschaft der Ausschüsse, aber auch die *Gaitskellsche* Realeinschätzung der Tatsachen: „Vergessen wir nicht, daß wir nie weitergehen können, als wozu wir mindestens fünfzig Prozent der Bevölkerung auch überreden können“ (S. 113). Zweifellos zwingend und demokratisch. Doch bei dieser Funktionalisierung der politischen Gruppenwahrheit heißt es dann nicht nur rhetorisch gefragt haben, ob sich England nun zu einer Nation entwickelt, „... in der es nur noch eine einzige Partei gibt?“ (S. 127). Denn: „Ungeachtet der Forderungen ihrer Anhänger sind sie beide vor allem mit einer einzigen Frage beschäftigt: der des Überlebens. Um Stimmen zu gewinnen, müssen sie sich an die Masse der Durchschnittswähler wenden, die im Niemandsland zwischen den Parteien hin und her pendeln ...“ (S. 94).

Kaum ein anderes Volk hat wie England die Welt mit demokratisch-parlamentarischen Ideen und praktischen Nutzenanwendungen beschenkt. Wenn nun von dort sachlich fundierte Skepsis referiert wird, sollte man lieber eingehend prüfen, als sich in bekannter Manier über Zuständigkeit und Nichtzuständigkeit zu zerstreuen. Sampson ist alles andere als ein Pessimist, sondern er nennt die Dinge schlicht beim Namen, wobei es ihm gleichzeitig gelun-

gen ist, den Nachweis zu erbringen, daß es eine englische Institution gibt, der offenbar keinerlei Patina etwas anhaben kann: die bestechende Trockenheit der zum unnachahmlichen Prinzip gewordenen überlegen-nüchternen Tatsacheneinschätzung.

Das Buch ist glänzend geschrieben und liest sich trotz der kompakten Stofffülle romanhaft spannend. Gleichsam ein Musterbeispiel einer journalistischen Life-Sendung von erstaunlicher Vielseitigkeit. *Dr. Ludwig Henze*

LUTZ E. F I N K E

GESTATTE MIR HOCHACHTUNGSSCHLUCK

Bundesdeutschlands korporierte Elite. Riitten u. Loe-ning Verlag, Hamburg 1963. 168 S., kart. 9,80 DM.

Das Treiben der farbentragenden Verbindungen, ihre Vergangenheit, ihre Gegenwart, ihre Zukunftschancen sind der Untersuchungsgegenstand dieses lebendig geschriebenen Buches. Der Verfasser fragt: „Auf welche Weise suchen Korporierte ... gesellschaftspolitisch Einfluß zu gewinnen, und welcherart ist ihr deutsches Geschichtsbewußtsein, das ihre gesellschaftspolitischen Ziele bestimmt? Und: Wie äußert sich das Geschichtsbewußtsein der Alten Herren (jener Korporierten, die ihr Studium abgeschlossen haben und bereits im Berufsleben stehen. W. G.) bei der Erziehung ihres studentischen bundesbrüderlichen Nachwuchses? ... Wie sehen die Korporierten das Verhältnis ihrer Verbindung zu den Universitäten und Hochschulen, an denen sie leben?“ (S. 15 f.).

Nach Auffassung der Verbindungen sind die Korporationen von Studenten für Studenten geschaffen worden, „um sich selbst in freiwilliger Disziplin und Gehorsam zu Persönlichkeiten zu erziehen, weil die Universitäten vor diesem geschichtlichen Auftrag versagten“ (zit. S. 17). Den Universitäten wird hier also eine Art „Aufbau-Kindergarten“ zugemutet, junge Menschen in einem Alter einer „Erziehung“ zu unterwerfen, in dem sie zum großen Teil schon volljährig sind, Familien gründen dürfen und, wenn sie andere Berufe ergriffen hätten, auch wirtschaftlich auf eigenen Füßen stünden. Offenbar orientieren die Verbindungen ihren „Erziehungsauftrag“ an der Vorstellung einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft im autoritär geführten Staat. Darauf weist auch die von den Korporationen geübte Erziehung „durch Gewöhnung und durch Angst vor Außenseitertum“ (S. 17) hin. Die Verbindungen verstehen sich als unauflösbare Lebensbünde. Ein wirksames System der Amterpatronage wird Lockmittel, die Angst vor einer Schmälerung der beruflichen Chancen zum Kitt der Korporationen: „Wer ein-

mal korporiert war, aber austrat, ist in einflußreichen Kreisen, dort also, wo Alte Herren am Hebel sitzen, stets mit einem gewissen Makel behaftet“ (S. 17).

So und mit anderen Mitteln werden jene Verhaltensweisen gefestigt, die den autoritären Charakter kennzeichnen; so werden auch jene politischen Einstellungen fortgepflanzt, die, der Vergangenheit zugewandt, unserem Volk schon soviel Not und Elend brachten. Leider verkennen die großen demokratischen Parteien die Gefahren, die hier drohen (s. S. 82). Heute gelten die Korporationen als „förderungswürdig“ nach den Richtlinien des Bundesjugendplanes. Tatsächlich jedoch wird in ihnen immer noch der alte Kastengeist und Nationalismus gepflegt, der die Verbindungen zu Gegnern der Demokratie macht. Das nachzuweisen gelang Lutz E. Finke in seiner ausgezeichneten Analyse. Allerdings konnte er mich im Schlußkapitel nicht überzeugen, daß man mit St. Louis Blues und ähnlichen Mitteln die Anziehungskraft der Verbindungen wirksam mindern kann. Auch der Jazz kann Instrument autoritärer Erziehung werden, worauf besonders *Adorno* aufmerksam machte. Muß mit der Diagnose denn immer zugleich das Rezept geliefert werden? Wozu den Restaurativen nachgeben, die Kritik nur als „positive“ dulden? Vom Fieberthermometer verlangt man doch auch nur, daß es das Fieber mißt, nicht aber daß es heilt.

Dr. Wilfried Gottschalch

JAN OTČEN ĀŠEK

ROMEO UND JULIA UND DIE FINSTERNIS

Colloquium Verlag, Berlin 1961. 159 S“ Ln. 12,80 DM. .

Unsere oft abenteuerlichen Vorstellungen über die Literatur im Ostblock beginnen sich erst langsam zu erhellen — vor allem dank der polnischen Literatur, die auch im westlichen Ausland gewürdigt zu werden beginnt. Leider haben neue Erzeugnisse der *tschechoslowakischen* Autoren den Weg bis in die Bundesrepublik noch kaum gefunden. Um so höher ist es zu veranschlagen, daß der Colloquium Verlag uns mit einer Novelle bekannt macht, die geeignet ist, manche Vorurteile auszuräumen.

Jan Otčenášek, ein Schriftsteller der jüngeren Generation in der Tschechoslowakei, schildert in ihr mit leiser, ergreifender Intensität die Geschichte zweier Schüler, eines Mädchens und eines Jungen, die während der Nazi-Besatzungszeit zueinandergetrieben werden. Aus Trotz gegen seine kleinbürgerlich-larmoyante Umwelt versteckt Pavel, der Sohn eines Schneiders in Prag, die jüdische Schülerin Esther, deren Eltern bereits nach Theresienstadt geschafft wurden und wahrschein-

lich nicht einmal mehr dort sind; Esther erhält auf ihre Briefe nämlich keine Antwort mehr, und das ist der Grund, daß sie der „Einberufung“ zur Deportation nicht Folge leistet und ziellos in Prag herumirrt. Pavel nimmt sie mit und verbirgt sie in einem Verschlag, den er sich, um der erdrückenden Passivität der elterlichen Welt zu entfliehen, ausgebaut hat. Für beide entwickelt sich aus dieser Situation nicht nur Bedrohung, sondern eine erste scheue Liebe; wie die beiden Kinder in Gottfried Kellers „Romeo und Julia auf dem Dorfe“ gehen sie an der Verständnislosigkeit und Angsterfülltheit ihrer Umwelt zugrunde. Für Pavel bedeutet diese Liebe den unwiderstehlichen Antrieb, aus der kleinbürgerlichen und bedrückenden Atmosphäre auszubrechen, die ihn mit ihrer Furcht vor Widerstand sowohl wie vor Kollaboration völlig zu ersticken droht. Aber sie haben keine Erfahrung, wie man im Untergrund lebt; beide fallen unter den Schüssen der SS. Die Geschichte ist mit großer Eindringlichkeit, zurückhaltend und sparsam dargestellt. Das Dunkle — die Finsternis, die beide bedroht, weil sie nicht nur außer ihnen, sondern noch in ihnen ist — liegt über allen Schilderungen; auf ihrem Hintergrund heben sich die Gestalten: der Kollaborateur Rejek, der Geselle Čepek und die Eltern Pavels plastisch ab. Es ist kein großes, eher ein stilles Werk, das mehr über die Probleme auch der heutigen Tschechoslowakei erzählt, als es manche wissenschaftliche Abhandlung vermag.

Annemarie Zimmermann

KURZ ANGEZEIGT

Die 28. Lieferung der von Dr. *Max Richter* herausgegebenen Dokumente und Stellungnahmen „*Die Sozialreform*“ verzeichnet den Stand der sozialpolitischen Entwicklung am Ende der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Sie enthält neben der Regierungserklärung vom 6. Februar 1963 u. a. Auszüge aus der Debatte um das Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz, aus der ersten Beratung der Gesetzentwürfe des „Sozialpakets“, Stellungnahmen zum „Sozialpaket“ vom DGB, zu den Entwürfen des Lohnfortzahlungsgesetzes und des KVNG von der DAG, zur Frage der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle von den Arbeitgebern und zum 2. KVNG-Entwurf von der Bundesärztekammer. Ferner finden wir einen Antrag der FDP zur „Übernahme von qualifizierten Arbeitern in das Angestelltenverhältnis“, die landwirtschaftlichen Sozialpläne der SPD und des Deutschen Bauernverbandes, eine Entschliebung der Agrarsozialen Gesellschaft „Freier Bauer in sozialer Sicherheit“ und ein Referat von Prof. *Walter Hallstein*, Brüssel, über „Soziale Sicherheit in der EWG“.